

Päpstlicher als der Papst

Stichwortgeber für »Rot-Rot-Grün« fordern Bekenntnis zu EU-Institutionen. **Von Peter Wahl**

Die Geschehnisse um die Unterwerfung Griechenlands haben dazu geführt, dass auch in der Linken grundsätzliche Kritik an der Europäischen Union zunimmt. Die Illusion, die EU sei trotz vieler Macken im Kern ein emanzipatorisches, internationalistisches Friedensprojekt, beginnt zu verblasen. Das Thema wird jetzt kontrovers diskutiert, wie einschlägige Veranstaltungen, Publikationen oder Initiativen wie »Eurexit« zeigen. Linke Anhänger eines »Mehr Europa« geraten zunehmend in die Defensive.

Das ist der Hintergrund einer Streitschrift, die unter dem Titel »Europa geht auch solidarisch« im VSA-Verlag erschienen ist. Die Autoren sind Axel Troost, Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der Linkspartei, Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Frank Bsirske, ver.di-Chef und Mitglied der Grünen, sowie dessen europapolitischer Berater Klaus Busch.

Die Autorenliste ist Programm: Es geht um eine europapolitische Position für »Rot-Rot-Grün« im Bund. Denn vor die Beteiligung der Linkspartei an einer Bundesregierung haben SPD und Grüne ein Bekenntnis zur NATO und zu »Europa und zum Euro« gesetzt. Natürlich findet man in dem 80 Seiten dünnen Bändchen auch viel Richtiges. So bei der Beschreibung des Schlamassels, in dem die EU steckt – von der Kritik an der Austeritätspolitik bis hin zur klaren Absage an die »Festung Europa«. Entsprechend der politischen Absicht, bleibt der Text in den Grundfragen aber brav in den Bahnen, die der herrschende Diskurs vorzeichnet. Das fängt damit an, dass EU und Europa gleichgesetzt werden. Damit wird Europa – so wie früher die Rede vom »Abendland« – zum Kampf- und Ausgrenzungsbegriff. Europa hat 740 Millionen Einwohner, die EU (demnächst) aber nur 440. Muss man erst die britische Premierministerin Theresa May zitieren – »Wir verlassen die EU, aber nicht Europa« –, damit die anmaßende Großkotzigkeit dieses Begriffs von Europa klar wird? Tatsächlich reicht Europa vom Atlantik bis zum Ural, und das nicht nur geographisch. Hier hat sich seit dem Mittelalter ein ökonomischer, kommunikativer, infrastruktureller und kultureller Verdichtungsraum herausge-



Kein Friedensprojekt: Flaggenzeremonie mit Soldaten des Eurokorps vor dem EU-Parlament in Strasbourg (9.5.2011)

bildet, der Europa zu einer materiellen Realität gemacht hat.

Teil dieses Prozesses waren leider auch die Kriege quer durch Europa. Napoleon zog von Paris bis Moskau, das wilhelminische Deutschland kam im Ersten Weltkrieg bis Verdun und Kiew, die Nazis unterwarfen Europa vom »Atlantikwall« bis Stalingrad und in den Kaukasus hinein ihrem Terrorregime. In jüngerer Zeit war die EU an der Zerschlagung Jugoslawiens beteiligt, seitdem unterhält sie mit dem Kosovo de facto ein Protektorat. Dass »mehr Europa« gerade seit dem Gipfel in Bratislava explizit mehr Militarisierung, Supermachtträume, aggressive Feindbildproduktion und engere Verzahnung mit der NATO bedeutet, findet allerdings in der Streitschrift keinerlei Erwähnung. Das könnte nur zu Streit zwischen Linkspartei und SPD und Grünen führen.

Ein ganzes Kapitel ist der Rettung des Euro gewidmet. Zwar finden die Autoren kein Argument mehr, das für den Euro spräche, aber gegen Alternativvorschläge werden Horrorbilder an die Wand gemalt, wie sie schon von den Prognosen über den »Brexit« sattem bekannt sind. Richtig ist, dass der

währungspolitische Karren so tief im Schlamm steckt, dass wir nicht mehr die Alternative zwischen Gut und Schlecht, sondern nur noch zwischen größerem und kleinerem Übel haben. Was immer man tut oder lässt, ohne Kosten geht nichts. Entscheidendes Kriterium für Linke in einer solchen Situation müsste aber dann sein: Welche Option erlaubt es, einer linken Regierung die Spielräume zu geben, die sie zu ihrer Entfaltung braucht, um sich dem Erpressungspotential durch die Europäische Zentralbank (EZB) und die Abhängigkeit von der Währung zu entziehen? Über die verschiedenen Vorschläge der Euro-Kritiker kann man diskutieren, aber sicher ist, dass unter dem Regime des Euro keine linke Regierung auf einen grünen Zweig kommt. Das als »Zurück zum Nationalstaat« zu diffamieren, ist unter der Gürtellinie. Die ganze Euro-Rettung ist seit Jahren nichts anderes als die Durchsetzung der Interessen eines Nationalstaates, nämlich Deutschlands und seiner Exportindustrie – inklusive IG Metall und IG BCE.

In der französischen Linkspartei ist man da schon ein Stück weiter. Die Parole ihres Präsidentschaftskandidaten

Jean-Luc Mélenchon heißt: »Entweder verändert sich die EU, oder wir sind draußen!« Troost und seine Mitautoren dagegen setzen auf eine Politik, wie sie schon seit der neoliberalen Wende von Maastricht nicht funktioniert. Kein Wunder, die schönsten Ideen nutzen nichts, wenn man sie nicht mit der Verfasstheit der Institutionen, Strukturen und Verträge zusammendenkt. Der Neoliberalismus ist in den Verträgen als Primärrecht quasi verfassungsmäßig verankert. Eine linke Wirtschafts- und Sozialpolitik ist demnach illegal, wie eine Reihe von einschlägigen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs inzwischen zeigt. Neoliberalen Konstitutionalismus nennt man das. Davon kommt man nur durch den Bruch mit den Verträgen los – es sei denn, man glaubt an eine einstimmige Vertragsänderung. Klingt radikal, aber EZB-Präsident Mario Draghi und EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker machen das schon lange. Kein Grund also, päpstlicher als der Papst zu sein.

■ Klaus Busch, Axel Troost, Gesine Schwan, Frank Bsirske u. a.: Europa geht auch solidarisch. Streitschrift für eine andere EU. VSA-Verlag, Hamburg 2016, 88 S., 7,50 Euro